

Turbulente Woche für die EU: Trump, Selenskij, Grönland und Mercosur

26 Jan. 2026 21:00 Uhr

Die europäische Mainstream-Presse verbreitete die Idee, die "Einigkeit der Europäer" habe Donald Trump in der Grönland-Frage zum Einlenken gebracht. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass der US-Präsident jederzeit zu einer Kehrtwende bereit ist. Und das ist nicht der einzige Wind, der Brüssel ins Gesicht bläst.



Quelle: Gettyimages.ru © Christian Alvarenga/Getty Images)

Ursula von der Leyen (Mitte) mit lateinamerikanischen Staatschefs nach Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens der EU mit Mercosur am 17. Januar 2026 in Asuncion, Paraguay

Von Pierre Lévy

Ausnahmsweise können die europäischen Führer Donald Trump diesmal dankbar sein. Am Abend des 22. Januar war eine Krisensitzung des Europäischen Rates einberufen worden, an der die Staats- und Regierungschefs der EU teilnehmen sollten. Angesichts der Drohungen, Provokationen und schockierenden Ankündigungen des amerikanischen Präsidenten, insbesondere seines Willens, Grönland "mit allen Mitteln" zu erwerben, wurde eine sehr hitzige Debatte erwartet.

Am 21. Januar milderte dieser jedoch seinen Ton. In seiner Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos (Schweiz) verzichtete er darauf, die Option einer gewaltsamen Eroberung der strategisch wichtigen Insel in der Arktis anzudrohen.

Er verzichtete auch auf seine Absicht, acht Länder – darunter sechs EU-Staaten (von insgesamt 27, darunter Frankreich und Deutschland) – zu bestrafen, die symbolisch einige Soldaten auf das von

Washington begehrte Gebiet entsandt hatten. Eine Initiative, die das Weiße Haus als Beleidigung empfand und auf die es mit Handelsvergeltungsmaßnahmen reagierte (eine Erhöhung der Zölle um zehn Prozent zum 1. Februar, in einer zweiten Stufe um 25 Prozent). Diese Sanktion wurde schließlich ausgesetzt.

Angesichts dieser amerikanischen Drohungen, die in Brüssel als Überschreitung einer "roten Linie" angesehen wurden, sollte der Europäische Rat über Vergeltungsmaßnahmen beraten. Dazu gehörte die Erhöhung der Zölle (auf insgesamt geschätzte 93 Milliarden Euro), die geplant war, dann aber im Juli letzten Jahres in letzter Minute ausgesetzt wurde, als schließlich eine für die EU demütigende und unausgewogene Vereinbarung zwischen der Präsidentin der Europäischen Kommission und Donald Trump beschlossen wurde.

Ebenfalls auf der Tagesordnung stand die Einführung eines "Anti-Zwangs-Instruments", das von der Presse als "wirtschaftliche Bazooka" bezeichnet wurde und darin besteht, dem beschuldigten Drittland den Zugang zu europäischen öffentlichen Aufträgen einzuschränken, bestimmte Investitionen zu blockieren und bestimmte Dienstleistungen zu verbieten. Ursprünglich war dieses Instrument als Reaktion für China konzipiert worden, das im Verdacht stand, einem der Mitgliedstaaten (in diesem Fall Litauen) Schaden zuzufügen. Als Zeichen für die Schwere der Spannungen zwischen den beiden Seiten des Atlantiks forderten einige nun jedoch, es gegenüber Uncle Sam einzusetzen.

Der veränderte Tonfall des amerikanischen Präsidenten hat diese möglichen Vergeltungsmaßnahmen von der Tagesordnung des Rates gestrichen und vor allem einen neuen Streit zwischen den Mitgliedstaaten verhindert. Diese waren nämlich gespalten zwischen Befürwortern einer "harten" Linie gegenüber Washington und Verfechtern einer Beschwichtigung um jeden Preis, wobei eine ganze Reihe von Ländern für eine Zwischenposition plädierte.

Der französische Präsident hatte sich an die Spitze der ersten Gruppe gestellt, zu der insbesondere Spanien und Belgien gehörten. Emmanuel Macron hatte sich somit dafür entschieden, im Namen der europäischen Souveränität über Grönland als "Hardliner" aufzutreten. Der französische Staatschef behauptete sogar, dass dieses Gebiet des dänischen Königreichs "zur Europäischen Union gehört", was eine sachliche Unwahrheit ist, da die Insel nach einem entsprechenden Referendum im Jahr 1982 aus der EU ausgetreten war.

In Ungarn und den baltischen Staaten war der Ton ganz anders. "Ich betrachte die Vereinigten Staaten weiterhin als unseren engsten Freund", erklärte der litauische Präsident und fügte hinzu, dass es ein "Fehler" gewesen sei, den Einsatz der "Handelsbazooka" in Betracht gezogen zu haben. Die Chefin der italienischen Regierung führte den transatlantischen Konflikt ihrerseits nur auf ein wahrscheinliches "Kommunikationsproblem" zurück. Sowohl in Budapest als auch in Rom war die politische Nähe zum Meister im Weißen Haus ein entscheidender Faktor.

Schließlich verurteilten der polnische Ministerpräsident und vor allem der deutsche Bundeskanzler zwar Trumps Extremismus, achteten jedoch darauf, Washington nicht zu verärgern. So beeilte sich Friedrich Merz, dem amerikanischen Präsidenten seine "Dankbarkeit" auszudrücken, sobald dieser seine Haltung milderte.

Die 27 Mitgliedstaaten atmeten also beim Gipfeltreffen am 22. Januar tief auf, dass sie eine neue interne Konfrontation vermeiden konnten. Die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, hielt es für angebracht, diese amerikanische Entwicklung auf die "entschlossene, aber eine Eskalation vermeidende"

Haltung der EU zurückzuführen. Die dänische Regierungschefin erklärte ihrerseits: "Wenn Europa nicht gespalten ist, wenn wir solidarisch sind, wenn wir klar und entschlossen sind, auch in unserer Bereitschaft, uns zu verteidigen, dann sind die Ergebnisse da."

Der deutsche Bundeskanzler meinte, dass "die Einheit und Entschlossenheit auf europäischer Seite wirklich etwas bewirken können". Der Meister des Élysée-Palasts betonte: "Wir bleiben äußerst wachsam und sind bereit, unsere Instrumente einzusetzen, sollten wir erneut bedroht werden." Tatsächlich gibt es jedoch keinen Hinweis darauf, dass die 27 Mitgliedstaaten die "Bazooka" eingesetzt hätten, wenn das Weiße Haus seine Provokation fortgesetzt hätte – dafür hätte es nämlich einer qualifizierten Mehrheit bedurft.

Die Verfechter der "harten Linie" verkündeten lautstark, dass ihre Entschlossenheit gegenüber den Vereinigten Staaten dieses Ergebnis ermöglicht habe. Die Befürworter der Milde hingegen waren der Meinung, dass es gerade diese Geschmeidigkeit sei, die es ermöglicht habe, das Weiße Haus nicht zu verärgern.

Die europäische Mainstream-Presse verbreitete ihrerseits die Idee, dass die "Einigkeit der Europäer" Donald Trump "zum Einlenken" gebracht habe. Eine Erklärung, die eher der Propaganda als der tatsächlichen Realität entspricht. Denn niemand sollte vergessen, dass der amerikanische Präsident immer für eine Kehrtwende zu haben ist: Drohungen, Versöhnungsversuche, neue Provokationen, taktische Wendungen – all das gehört zu seiner "Kunst des Deals". Und in diesem Fall hat das perfekt funktioniert.

Denn wenn der amerikanische Präsident den Druck gelockert hat, dann keineswegs aus Angst vor europäischen Drohungen, sondern weil seine geostrategischen Ziele nun kurz vor der Verwirklichung stehen. Nach Gesprächen – deren Einzelheiten nicht bekannt sind – mit dem NATO-Generalsekretär Mark Rutte dürfte Washington eine erweiterte, "dauerhafte und unbegrenzte" Verfügungsgewalt über Grönland für den Ausbau bestehender und die Errichtung künftiger Militärstützpunkte erhalten.

Die Europäer, insbesondere die dänischen und grönländischen Führer, sind somit bereit, die Zusicherung zu geben, dass das begehrte Gebiet keine russischen und chinesischen Aktivitäten beherbergen darf und vor allem, dass es in den "Goldenen Dom" integriert werden könnte, ein pharaonisches Raketenabwehrprojekt, von dem das Weiße Haus träumt. Der Zugang zu den Bodenschätzen dürfte zudem weitgehend Washington gewährt werden. Die Diskussionen werden noch dauern, aber ihr für die Amerikaner günstiger Ausgang steht kaum infrage.

Wie dem auch sei, die "göttliche Überraschung" vom 21. Januar hat das Europaparlament verwirrt. Angesichts der Provokationen von Donald Trump hatte diese Versammlung die Ratifizierung des unausgewogenen Handelsabkommens, das er Frau von der Leyen im Juli letzten Jahres auferlegt hatte, auf Eis gelegt. Angesichts der Mäßigung des amerikanischen Milliardärs versuchte die Präsidentin der Versammlung in Straßburg, den Prozess wieder in Gang zu bringen, was zu Verwirrung unter den Fraktionen führte, die sie zuvor nicht konsultiert hatte.

Abgesehen von der Brüsseler Blase ist diese Episode kaum von Interesse. Aber dasselbe Europäische Parlament hat von sich reden gemacht, indem es (am 21. Januar mit nur zehn Stimmen Mehrheit) dafür gestimmt hat, den Handelsvertrag mit dem Mercosur (vier südamerikanische Länder), der am 17. Januar von Brüssel unterzeichnet wurde, dem Europäischen Gerichtshof vorzulegen. Und dies insbesondere aufgrund einer fragwürdigen Rechtsarchitektur.

Die Folge: Das Inkrafttreten des genannten Freihandelsabkommens ist für mindestens ein Jahr (und möglicherweise sogar endgültig) ausgesetzt, es sei denn, die Kommission erzwingt dessen vorläufige Anwendung – was zweifellos zu erneuten heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern und Gegnern des Abkommens führen würde.

Aber Ursula von der Leyen wird dieses Risiko vielleicht eingehen, denn sie erklärte kürzlich: "Wenn das Abkommen mit dem Mercosur scheitert, können wir die EU als globalen Akteur vergessen." Die von ihren Befürwortern so sehr ersehnte "europäische Einheit" scheint also wirklich definitiv immer mehr ins Wanken zu geraten. Vom Abkommen mit dem Mercosur bis zu den Beziehungen zu Washington nehmen die Widersprüche zwischen den Mitgliedstaaten zu.

Eine Situation, die der ukrainische Präsident, der ebenfalls in Davos zu Gast war, öffentlich bedauerte. Wladimir Selenskij sprach von "Unausgesprochenem und unaufhörlichen internen Streitigkeiten", die "Europa daran hindern, sich zu vereinen". Für ihn ist diese Feststellung bitter.

Aber sie ist richtig.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.